

Tarifrunde eingeläutet

Beitrag von „Mueller Luedenscheidt“ vom 12. Dezember 2023 15:59

Zitat von NRW-Lehrerin

Schaum hab ich gar nicht vor dem Mund, ich denke mir nur, wenn das bei den Abgeordneteneinfach sang und klanglos so ist, warum sollten wir dann keine Erhöhung bekommen??

Ich las hier was von Krisen, deshalb müsse es weniger sein ... Achja?? Warum dann nicht bei den Abgeordneten, den Bundesbeamten, etc.

Ich bin doch hier nicht der Märtyrer für das Unglück der Welt.

Wir bekommen doch eine Erhöhung.

Laut dem Bericht, den du hier gepostet hast, wurden die Abgeordnetendiäten zum 01.07.2023 um 2,6 % (!) erhöht. Also eine Erhöhung, die ungefähr im Rahmen unserer letzten Besoldungserhöhung von Dezember 2022 liegt. Ich erkenne hier immer noch kein Empörungspotenzial.

Ich bin übrigens ebenfalls nicht zufrieden mit dem Tarifabschluss. Einmalzahlungen sind gegenüber tabellenwirksamen Erhöhungen immer Mist. Dass wir somit de facto für ein Jahr eine Nullrunde haben finde ich gewerkschaftsseitig schlecht verhandelt. Aber man muss doch auch mal die Kirche im Dorf lassen und nicht jedes populistische Gewäsch wiedergeben, dass man am nächstbesten Stammtisch mal aufgegabelt hat. Sich über Abgeordnetendiäten aufregen ist halt immer einfach, weil sich alle gerne über "die da oben" auslassen. Und dann am besten noch die Sozialschmarotzer*innen (aka Bürgergeldempfänger*innen) mit in den Topf schmeißen, und schon können sich alle gemeinsam aufregen. Dabei werden die Regelbedarfe (nachvollziehbarerweise) anhand eines Preisindex festgelegt. Es ist also (genau wie bei den Abgeordnetendiäten) ein objektives Verfahren und keine politische Entscheidung.

Zitat von Spiegel

Das Bürgergeld wird – ebenso wie früher die Hartz-IV-Regelsätze – über die Jahre an die Entwicklung der Löhne und Preise angepasst. Dabei wird die Inflation mit 70 Prozent stärker gewichtet als die Lohnentwicklung mit 30 Prozent. Beide Entwicklungen werden ebenfalls vom

Statistischen Bundesamt erhoben. In der Vergangenheit geschah dies mit großem zeitlichem Verzug von bis zu 18 Monaten. Dies führte unter anderem dazu, dass 2022 die Regelsätze lediglich um drei Euro angehoben wurden, obwohl die Preise um fast acht Prozent stiegen.

Vermutlich hast du dich anno 2022 sehr über die zu geringe Anhebung des Bürgergeldes geärgert, richtig?